

Aus dem Gemeinderat

Am vergangenen Montag tagte der Gemeinderat erstmals nach der Sommerpause. Im Vorfeld der Gemeinderatssitzung tagte der Verwaltungsausschuss ebenso öffentlich und stimmte der Annahme von Spenden, Schenkungen und Zuwendungen zu. Die öffentliche Sitzung des Gemeinderates hatte folgende Beratungspunkte zum Gegenstand:

Anstieg der Asylbewerberzahlen im Landkreis Tuttlingen

Weitere Unterbringung in der Gemeinde Immendingen

Herr Erster Landesbeamter Stefan Helbig hat das Gremium über die sich auch auf kommunaler Ebene zuspitzende Flüchtlingsproblematik informiert. Nach seinen Ausführungen nimmt das Thema Flüchtlingsunterbringung immer neue Dimensionen an. Momentan seien rund 650 Flüchtlinge im Landkreis untergebracht. Im August betrug die Zuweisung 150 Personen, im September würden noch mehr erwartet. Es sei damit zu rechnen, dass kreisweit dauerhaft bis zu 1.400 Flüchtlinge untergebracht werden müssen führte Herr Erster Landesbeamter Helbig aus. In Tuttlingen, Trossingen, Spaichingen und auch kleinen Orten wie Böttingen und Mahlstetten seien Unterkünfte hergerichtet oder geplant. Mit einer schnellen Lösung der Problematik durch die Politik rechnet Helbig nicht. Bei ständig neuen Flüchtlingszuweisungen müssten die Kommunen zusehen, wie sie „immer der Situation hinterher hecheln“. Zwar sei das „Dach überm Kopf“ für die Flüchtlinge zunächst das Wichtigste, danach gebe es aber auch viele offene Integrationsfragen, angefangen vom Sprachkurs bis hin zu Plätzen für die Kinder in Kindergärten und Schulen. Der Vorsitzende führte anschließend aus, dass die Politik bei der Flüchtlingswelle viel zu lange tatenlos zugeschaut hat und nun unten an der Basis die Probleme zu lösen seien. Er informiert, dass der Landkreis Tuttlingen in einem ersten Schritt die Kreissporthalle als Aufnahmeeinrichtung hergerichtet hat. Allerdings seien weitere Unterkünfte dennoch dringend erforderlich und der Landkreis ist dabei auf die Unterstützung und Solidarität der Kreisgemeinden angewiesen. Die Gemeinde Immendingen hat aus diesem Grund mit Zustimmung des Gemeinderats das Anwesen Max-Eyth-Straße 8 erworben, das langfristig als weitere Asylbewerberunterkunft genutzt werden soll. Die in Teilen des Gebäudes ansässige Firma kann als Mieter die bisherigen Räume zunächst weiter nutzen. Die restlichen Räume werden vom Landkreis auf eigene Kosten umgebaut und so hergerichtet, dass Flüchtlinge untergebracht werden können. Der Vorsitzende bezeichnete das Gebäude von der Einteilung und der guten Erreichbarkeit der Ortsmitte als ideale Lösung. Mit dem Gebäudekauf behalte die Gemeinde bei der Unterbringung von Asylbewerbern „das Heft selbst in der Hand“. Zudem habe der Kreis die Zusage gegeben, keine weiteren Zuweisungen von Flüchtlingen nach Immendingen mehr vorzunehmen. Gleichzeitig richtete der Vorsitzende auch einen Appell an andere Kommunen im Landkreis bei der Flüchtlingsunterbringung zusammenzustehen. Immendingen ist beispielhaft voraus gegangen in dem zu den in der Gemeinde auf dem Witthoh bereits vorhandenen 200 Plätzen nun noch weitere geschaffen werden, betonte er. Nach einer kurzen Diskussion über die weitere Integration der Flüchtlinge und die Beschulung der Kinder stimmte der Gemeinderat der langfristigen Vermietung des Gebäudes Max-Eyth-Straße 8 an den Landkreis zur Unterbringung von Asylbewerbern einstimmig zu.

...

Zwischenbericht Gewässerentwicklungsplan

Ende März 2015 wurde die Planstatt Senner mit der Erarbeitung eines Gewässerentwicklungsplanes beauftragt. Inzwischen wurde etwa die Hälfte der zu untersuchenden Gewässerkilometer kartiert. Im Zuge der Aufnahme wurden Mängel kartiert und erste Vorschläge zu deren Behebung erarbeitet. Frau Rösch von Planstatt Senner erstattete dem Gemeinderat einen Zwischenbericht über den Stand der Planung, welcher einstimmig zur Kenntnis genommen wurde.

Erweiterter Beitritt zum Naturpark Obere Donau

Die Gemeinde Immendingen ist mit Teilen der Gemarkung von Immendingen und Hattingen mit derzeit 603 ha bereits zugehörig zum Naturpark Obere Donau. Von Seiten der Stadt Geisingen bestehen Bestrebungen ebenfalls in die Gebietskulisse des Naturparks Obere Donau aufgenommen zu werden. Dies ist allerdings nur möglich, wenn die Gemeinde Immendingen mindestens mit den Gemarkungen Immendingen, Zimmern und Hintschingen in den Naturpark eintritt, da ein zusammenhängendes Naturparkgebiet Voraussetzung ist. Ebenfalls ist die Gesamtaufnahme der Gemarkung Hattingen erforderlich, da eine bisherige Abgrenzung von Teilgemarkungen nicht mehr möglich ist. Die Verwaltung hat daher dem Gemeinderat vorgeschlagen, mit der Gesamtgemarkung dem Naturpark beizutreten. Großer Vorteil der Zugehörigkeit zum Naturpark sind Fördermöglichkeiten für verschiedene Projekte insbesondere auch im Bereich Tourismus. Dem Naturpark stehen jährlich Fördermittel in der Größenordnung von 400.000 € bis 450.000 € zur Verfügung. Von diesen Fördermitteln konnte auch schon die Gemeinde Immendingen in der Vergangenheit profitieren. Einschränkungen für die konventionelle Land- und Forstwirtschaft sind durch einen Beitritt nicht zu erwarten. Der Landkreis hat seine volle Unterstützung zum erweiterten Beitritt zugesagt. Der erweiterte Aufnahmeantrag muss dann durch einen positiven Beschluss des Naturparkvereins unterstützt werden. Die endgültige Entscheidung liegt beim Regierungspräsidium Tübingen, welches dann die Verordnung über den Naturpark Obere Donau ergänzen müsste. Bereits erfolgte Vorgespräche durch die Naturparkgeschäftsstelle haben ergeben, dass das Regierungspräsidium Tübingen einer Erweiterung positiv gesinnt ist. Einstimmig hat der Gemeinderat dem Beitritt der Gemeinde Immendingen zum Naturpark Obere Donau mit der gesamten Gemarkungsfläche zugestimmt und die Verwaltung ermächtigt die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten.

Kriminalitäts- und Verkehrsunfallstatistik 2014

Das Polizeipräsidium Tuttlingen hat der Gemeindeverwaltung die Kriminalitäts- und Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2014 übersandt. Diese wurde dem Gremium in der Sitzung durch den Vorsitzenden erläutert. Der augenscheinlich horrende Anstieg der Straftaten ist darin begründet, dass im Berichtszeitraum von zwei Tätern insgesamt über 100 Fälschungsdelikte verübt wurden. Daher sind diese Zahlen zu relativieren.

Lauf- und Übungsplatz für Hunde

Hundebesitzer aus der Gemeinde sind mit der Bitte an die Verwaltung herangetreten, das eingezäunte Gelände neben der Verbandskläranlage als Lauf- und Übungsplatz für Hunde nutzen zu können. Das umzäunte Gelände bietet für die Hundebesitzer den Vorteil, dass diese die Tiere auch frei laufen lassen können, ohne Fußgänger oder Radfahrer zu gefährden. Die Hundebesitzer erklären sich bereit das Gelände zu pflegen und den entstehenden Abfall (Hundekot etc.) selbst zu entsorgen. Als Parkplatzfläche bei Veranstaltungen könnte das Gelände nach wie vor genutzt werden. Der Überlassung der Fläche zu diesem Zweck hat der Gemeinderat einstimmig zugestimmt.

Regenwasserbehandlungsanlage Iltishalde / B311

Beschluss über Nachtragsvereinbarung

Im Zuge der Baumaßnahme sind mehrere nicht zu erwartende Probleme aufgetreten, über die der Gemeinderat bereits informiert wurde. Nachdem die Baumaßnahme zwischenzeitlich abgeschlossen ist, liegen nun die geprüften Nachtragsangebote vor, für die formal noch eine Nachtragsvereinbarung abzuschließen ist. Einstimmig hat der Gemeinderat die Mehrkosten für die Baumaßnahme in Höhe von ca. 80.000 € zur Kenntnis genommen und den erforderlichen Nachtrag in Höhe von 38.000 € beschlossen, so dass von Seiten der Verwaltung die Nachtragsvereinbarung abgeschlossen werden kann.

Sanierung WC-Anlagen Reischach-Realschule – Vergabe Sanitärinstallationen

Die WC-Anlagen in der Reischach-Realschule bedürfen dringend einer umfassenden Sanierung. Neben der Erneuerung der sanitären Einrichtungsgegenstände sind weitere Arbeiten erforderlich wie die Erneuerung der Boden- und Wandfliesen, Neuinstallation der Beleuchtung mit Installation FI-Schutzschalter, neue Eingangstüren sowie Malerarbeiten. Nach Kalkulation durch das Ortsbauamt belaufen sich die voraussichtlichen Gesamtkosten des Projektes auf 75.000 – 80.000 €. Die Erneuerung der sanitären Einrichtungen als umfangreichstes Gewerk wurde beschränkt ausgeschrieben. Es gingen fünf Angebote ein, welche durch das Planungsbüro Westhauser geprüft wurden. Günstigster Bieter war die Firma Bürsner aus Mauenheim. Einstimmig hat der Gemeinderat die Arbeiten zur Erneuerung der Sanitärinstallationen an die Firma Bürsner vergeben und die voraussichtlichen Gesamtkosten zustimmend zur Kenntnis genommen.

Baugesuche

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung über insgesamt neun Baugesuche beraten. Drei Baugesuche waren lediglich zur Kenntnisnahme. Bei allen sechs weiteren wurde einstimmig das gemeindliche Einvernehmen sowie etwaige Befreiungen erteilt.